

## Verflechtungs- und Beziehungsgeschichte mit Frankreich

Das sog. Hotel Silber hat eine vielschichtige lokale, regionale, nationale und internationale Verflechtungs- und Beziehungsgeschichte. Gemäß den vertraglichen Bestimmungen des Hotel Silber Projekts soll diese gegenwarts- und zukunftsbezogene kontextualisiert werden.

Dieses NON PAPR soll Impulse für den Einstieg in die Verflechtungs- und Beziehungsgeschichte mit Frankreich geben.

<b>I. Frankreich und NS-Württemberg - Gestapo, Kriminalpolizei und SD .....</b>	<b>2</b>
Friedrich Mußgay .....	3
Theodor Dannecker .....	4
Christian Wirth.....	5
Heinrich Reiser.....	7
Rudolf Bilfinger.....	8
<b>II. Im württembergischen Sigmaringen: Das französische NS-Kollaborationsregime .....</b>	<b>10</b>
<b>III. NS-Württemberg: Französische Zwangsarbeit .....</b>	<b>11</b>
Kriegsgefangene .....	11
Zivilisten.....	11
Kriegsgefangenenlager im württembergischen Ludwigsburg.....	11
Zwangsarbeit in der württembergischen Firma Bosch.....	12
Referat für ausländische Arbeiter.....	13
<b>IV. Nach 1945 in Württemberg: Das staatliche Gewaltmonopol oblag der amerikanischen und französischen Militärregierung .....</b>	<b>15</b>

## I. Frankreich und NS-Württemberg - Gestapo, Kriminalpolizei und SD

Die Gestapo in Württemberg, deren Zentrale in der Dorotheenstr. 10 in Stuttgart (im sog. Hotel Silber) untergebracht wurde, war Teil des staatlichen Gewaltmonopols, der die NS Herrschafts-, Verfolgungs- und Vernichtungspolitik um- und durchsetzte.

Carsten Dams und Michael Stolle in „Die Gestapo: Herrschaft und Terror im Dritten Reich“: „Nach der Übernahme der gesamten politischen Polizei durch Himmler hatte es zunächst so ausgesehen, als sei der SD als Nachrichtendienst überflüssig. Doch seine Rolle wurde neu definiert: Man verstand sich nun als eine weltanschaulich besser geschulte Ergänzung zur Gestapo. Bei genauer Betrachtung waren die Schnittstellen in der Arbeit zwischen Gestapo und SD groß. In einem internen Papier hieß es deshalb: 'Daher ist engste Zusammenarbeit zwischen den beiden Organen erforderlich, da beide im Grunde dasselbe Ziel verfolgen. Eine erste Maßnahme zur sichtbaren Verzahnung von Gestapo, Kriminalpolizei und SD war die Einführung der 'Inspekture der Sicherheitspolizei' (IdS).“

Einige Württemberger aus der Gestapo, der Kriminalpolizei (Kripo) und des Sicherheitsdiensts (SD), die an der NS Herrschafts-, Verfolgungs- und Vernichtungspolitik in Frankreich beteiligt waren, sind:

Friedrich Mußgay,

Theodor Dannecker,

Christian Wirth,

Heinrich Reiser,

Rudolf Bilfinger.

## Friedrich Mußgay



Friedrich Mußgay

Quelle: <http://cdn1.stuttgarter-zeitung.de/media.media.6f907e89-3a61-47b0-9580-a64e783faa49.normalized.jpg> - Staatsarchiv Ludwigsburg

Der Ludwigsburger Friedrich Mußgay war Gestapomann in Württemberg. Von Juli bis Dezember war Mußgay Kommandeur des Einsatzkommandos III/2 in Mühlhausen/Elsass und ab August 1940 bis zum Sommer 1941 beim KdS Dijon. Nach dem zweiten Weltkrieg - 1945 - wurde Mußgay von den westlichen Alliierten verhaftet. Im September 1946 entzog er sich dem Strafprozess durch Selbstmord.

## Theodor Dannecker



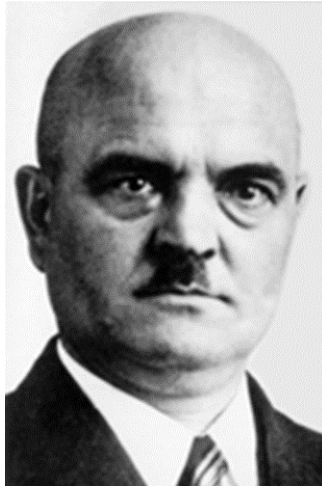
Theodor Dannecker

Quelle: [https://images-na.ssl-images-amazon.com/images/I/514PO4Vf8WL\\_SX349\\_BO1,204,203,200\\_jpg](https://images-na.ssl-images-amazon.com/images/I/514PO4Vf8WL_SX349_BO1,204,203,200_jpg) – Dr. Claudia Steurs Buch „Theodor Dannecker“

Der Tübinger Theodor Dannecker, der seine NS Schreibtischtäter Karriere beim Sicherheitsdienst-Oberabschnitt Südwest in Stuttgart begann, genauso wie beispielsweise der Calwer Eugen Steimle und der Rottenburger Erwin Weinmann, war 1940 bis 1942 Leiter des Judenreferats in Paris.

Die Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg: „Bereits zwei Monate nach der ‚Wannseekonferenz‘ beginnen im März 1942 die Deportationen der Juden aus den besetzten Gebieten und im August aus der ‚unbesetzten‘ Zone Frankreichs. Anfangs spricht sich der amtierende Regierungschef Pierre Laval gegen die Auslieferung der Juden aus Frankreich aus. Jedoch ändert er im Juli 1942 seine Meinung und die staatenlosen und ausländischen Juden werden aus Frankreich deportiert. Zuständig für die Deportationen in Frankreich ist Theodor Dannecker, Leiter des Judenreferats der Gestapo in Frankreich. Er stellt die Deportationszüge zusammen und am 6. August 1942 werden die ersten Menschen aus dem Lager Gurs abtransportiert.“

## Christian Wirth



Christian Wirth

Quelle: <http://s522790709.online.de/images/wirth.jpg> - Gedenkstätte Grafeneck

Auch in den folgenden Monaten finden Deportationen statt. Am 8. August, 24. August und 1. September 1942 sowie am 27. Februar und 3. März 1943 werden weitere Menschen aus dem Lager Gurs über Drancy bei Paris in die Vernichtungslager im Osten nach Auschwitz, Lublin-Majdanek, Sobibor oder andere Lager abtransportiert, wo sie meist kurz nach ihrer Ankunft ermordet werden.“ Vorgesetzter des Kommandanten der Todesfabrik Sobibor war Christian Wirth.

Der württembergische Beamte und Gewerkschaftler Wirth aus Oberbalzheim war führend bei der NS Kriminalpolizei in Stuttgart tätig (SD Mitglied, zunächst SA dann SS – zuletzt in Stuttgart SS Obersturmführer). Es folgte u.a. seine führende Beteiligung an der systematischen Ermordung von Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung im württembergischen Grafeneck, im preußischen Brandenburg an der Havel, im oberösterreichischen Hartheim und im hessischen Hadamar. Danach wurde Wirth „Inspekteur der SS-Sonderkommandos Aktion Reinhardt“: Er war Vorgesetzte der Kommandanten der Todesfabriken Belzec, Treblinka und Sobibor.



DIE WELT: „In den Lagern wurde vor allem mit Gas getötet. Globocnik meldete 1943 nach Berlin, Werte in Höhe von 178 Millionen Reichsmark `erwirtschaftet` zu haben.“

Quelle: <https://www.welt.de/geschichte/zweiter-weltkrieg/article132386611/Gaskammern-des-Vernichtungslagers-Sobibor-entdeckt.html#cs-Konzentrationslager-Treblinka.jpg> - Quelle: picture-alliance / dpa/dpa

DER SPIEGEL: „Kripo-Mann Wirth installierte ortsfeste Gaskammern, in die er Kohlenmonoxydabgase von Dieselmotoren hineinpumpte. Die Todeskammern tarnte er als `Inhalier- und Baderäume`.“ Im Vernichtungslager Auschwitz, dessen Kommandant der aus Baden stammende Rudolf Höß war, wurde der Einsatz von Zyklon B präferiert. DER SPIEGEL: „Man brauchte, durch eine Gasmaske geschützt, die runden Zyklon-B-Dosen nur zu öffnen und den tödlichen Inhalt auszustreuen -- in spätestens drei Minuten waren die Opfer tot. Bei Wirth dauerte es länger.“ Ab den August 1942 „büßte der Mordexperte Wüst seine beherrschende Rolle ein...Das Ungeziefervertilgungsmittel wurde endgültig in Auschwitz eingeführt. Und niemand war ob solchen Sieges froher als der Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß.“ Im Mai 1944 wurde Wirth von jugoslawischen Partisanen getötet.

## Heinrich Reiser



Heinrich Reiser

Quelle: [http://www.geschichtsort-hotel-silber.de/typo3temp/GB/csm\\_Reiser\\_ecf7ce8926\\_57929bae5e.jpg](http://www.geschichtsort-hotel-silber.de/typo3temp/GB/csm_Reiser_ecf7ce8926_57929bae5e.jpg) - Hotel Silber Online Projekt

Der Ehinger Heinrich Reiser war bei der Gestapo Württemberg. Dort war er für „die Abteilung Spionageabwehr und 'Industriesicherung'“ tätig und arbeiteten „eng“ mit der Abwehrstelle V (Stuttgart), die sich auch „gegen Frankreich“ richtete, zusammen. 1940 – 1942 leitete er in Paris unter dem Gestapo Chef Karl Boemelburg, das Referat Kommunismus.



[www.cheminsdememoire.gouv.fr](http://www.cheminsdememoire.gouv.fr): „Installation eines Gerätes zum Sprengen einer Eisenbahnlinie. Datum unbekannt“

Quelle: „Privater Sammlung“ [http://www.cheminsdememoire.gouv.fr/sites/default/files/styles/diaporama\\_fiche/public/diaporama\\_fiche/010266.jpg?itok=DcroGdlH](http://www.cheminsdememoire.gouv.fr/sites/default/files/styles/diaporama_fiche/public/diaporama_fiche/010266.jpg?itok=DcroGdlH)

Nach dem zweiten Weltkrieg – 1945 - bis 1949 saß er in Frankreich im Gefängnis. Nach kurzer Untersuchungshaft in Deutschland machte er danach Karriere bei der Organisation Gehlen/beim BND in Baden-Württemberg.

## Rudolf Bilfinger

Besprechungsniederschrift.

An der am 6.3.1942 im Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4, stattgefundenen Besprechung über die Endlösung der Judenfrage haben teilgenommen:

Oberreg.-Rat Carstensen und Dr. Schmid-Burgh	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
O.L.-Rat Massfelder	Reichsministerium der Justiz
Reg.-Rat Dr. Feldscher	Reichsministerium des Innern
Oberreg.-Rat Dr. Boley	Reichskanzlei
Antsgerichtsrat Dr. Wetzels	Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
O.R.R. Reischauer und O.R.R. Ancker	Parteikanzlei
Stadtrechtsr. Dr. Hammerl	Amt des Generalgouverneurs
O.R.R. Dr. Bilfinger	Reichssicherheitshauptamt
Antsger.-Rat Liegener Rechtsanw.u. Notar Pegler	Beauftragter für den Vierjahresplan
H.-H. Stuf. Freusch und H.-O. Stuf. Dr. Grohmann	Rasse und Siedlungshauptamt
Leg.-Rat Rademacher	Auswärtiges Amt

371962

K210352

Wikipedia: „Bilfinger als Teilnehmer der Besprechung zur Endlösung der Judenfrage am 6. März 1942 im Reichssicherheitshauptamt“ Quelle: Wikipedia

Der Eschenbacher Rudolf Bilfinger war Gestapomann in Württemberg. Von September 1940 bis Dezember 1940 war Bilfinger Verwaltungsleiter des BdS in Kraukau. Rudolf Bilfinger war an der Planung der Shoa beim Reichssicherheitshauptamt beteiligt. In einem Brief an Erhard Wetzel (Ostministerium) schrieb er im Januar 1942: „Alle Maßnahmen zur Judenfrage in den besetzten Ostgebieten sind unter dem Gesichtspunkt zu treffen, dass die Judenfrage für ganz Europa generell gelöst werden muss. Dabei sind in den besetzten Ostgebieten derartige Maßnahmen, die der endgültigen Lösung der Judenfrage und damit der Ausscheidung des Judentums dienen, in keiner Weise zu behindern. Gerade in den besetzten Ostgebieten ist eine recht baldige Lösung der Judenfrage anzustreben.“ 1943 war Bilfinger KdS Kommandeur in Toulouse. Im Bilfingers „Zuständigkeitsbereich“ war das Internierungslager Gurs, welches unter der Kontrolle des französischen Kollaborationsregimes (Vichy-Regime) stand. 1944/1945 war Bilfinger wieder Verwaltungsleiter des BdS Krakau. Nach dem zweiten Weltkrieg – 1945 – bis 1953 saß er in Frankreich im Gefängnis. Danach machte er Karriere als Verwaltungsrichter in Baden-Württemberg. „Erst 1965 wurde er im Zusammenhang mit der ‚Braunbuchkampagne‘ der DRR pensioniert“, so Bernhard Brunne in „Der Frankreich-Komplex - Die nationalsozialistischen Verbrechen in Frankreich und die Justiz der Bundesrepublik“.



lik Deutschland“. Und sein Vorgesetzter? Dieser „versuchte diese ‚Episode seines Lebens‘ mit dem Hinweis abzuwiegeln, ‚dass es sich bei Bilfinger äußerstenfalls um einen Schreibtischtäter gehandelt‘ habe“, so Michael Ruck in „Korpsgeist und Staatsbewusstsein: Beamte im deutschen Südwesten 1928 bis 1972“.

(Quellen: DIE ZEIT, FAZ, Berliner Zeitung, Der Spiegel, Berner Zeitung, Yad Vashem, Virtueller Geschichtsort Hotel Silber, Gedenkort Europa, Gedenkstätte Grafeneck, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Lebendiges Museum Online, Dr. Claudia Steurs Buch „Theodor Dannecker“, Prof. Dr. Wolfgang Seibels Buch „Macht und Moral“, Susanne C. Knittes Buch „The Historical Uncanny: Disability, Ethnicity, and the Politics of Holocaust Memory“, Bernhard Brunnens Buch „Der Frankreich-Komplex Die nationalsozialistischen Verbrechen in Frankreich und die Justiz der Bundesrepublik Deutschland“, Gerhard Sälters Buch „Phantome des Kalten Krieges - Die Organisation Gehlen und die Wiederbelebung des Gestapo-Feindbildes Rote Kapelle“, Julius Maders Buch „Hitlers Spionagegenerale sagen aus“, Richard Christmanns, Matthias Ritzis Buch und Erich Schmidt-Eenbooms Buch, „Im Schatten des Dritten Reiches: Der BND und sein Agent“, Manfred Gallus Buch „Täter und Komplizen in Theologie und Kirchen 1933-1945“, Götz Alys Buch: „Endlösung: Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden“, Michael Wildts Buch „Generation des Unbedingten: Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes“)

## II. Im württembergischen Sigmaringen: Das französische NS-Kollaborationsregime



Schloss Sigmaringen

Quelle: <http://www.tagesspiegel.de/images/heprodimagesfotos812120141228sigmaringen-jpg/11159556/4-format6001.jpg> - Foto: culture-images/foticon

DIE WELT: „Am 8. September 1944 zog die Regierung des französischen Vichy-Regimes in das Schloss von Sigmaringen ein... Die Gestapo setzte den Fürsten von Hohenzollern kurzerhand vor die Tür und Frankreichs Präsident, Premier und Minister zogen ein. Hinzu kamen die Botschafter der wenigen Staaten, die das Kollaborationsregime, das bis dahin in Vichy residiert hatte, noch anerkannten, sowie Beamte, Geliebte, Milizen. Bald lebten mehr als 10.000 Franzosen in einer Stadt, in der vor dem Krieg gut 5000 Menschen gewohnt hatten.“

Rolf Schneider schreibt für DIE WELT: „Es gab einen einzigen Angehörigen der französischen Exilregierung, der effektiv arbeitete: Jean Luchaire. Der gelernte Journalist kümmerte sich um das offizielle publizistische Organ der Franzosen in Sigmaringen, die Zeitung 'La France'. Sie erschien täglich. Der Preis betrug vier Franc oder 20 Reichspfennige. Die Redaktion beschäftigte 200 Mitarbeiter. Außerdem existierte eine eigene Radiostation, 'Ici la France'. Sie sendete auf Langwelle und begann ihr dreistündiges Programm um 19.30 Uhr. Zu hören waren Musiken, Informationen und Kommentare.

Wozu solche Anstrengung? Noch befand sich etwas französisches Gebiet unter deutscher Kontrolle. Dessen Bewohner sollten mobilisiert werden. 25 000 Franzosen trugen deutsche Uniformen, als Angehörige der Legion 'Charlemagne' innerhalb der Waffen-SS; sie waren eine Kraft, die sich aufstocken ließ. In Deutschland lebten Franzosen als Kriegsgefangene und als Fremdarbeiter, zusammen fast zwei Millionen. Man träumte auch von französischen Fallschirmjägern, die hinter den alliierten Fronten absprangen, um einen Partisanenkrieg zu führen.“

„Vichy-Leute wurden von der Gestapo streng bewacht“, so die Schwäbische Zeitung.

### III. NS-Württemberg: Französische Zwangsarbeit

#### Kriegsgefangene

Deuframat: „Hitlers erfolgreicher `Blitzkrieg` gegen Frankreich ließ der deutschen Wehrmacht im Sommer 1940 etwa 1.850.000 Kriegsgefangene in die Hände fallen, die Hälfte davon noch, nachdem Pétain am 17.6.1940 noch vor dem Abschluss eines Waffenstillstandes dazu aufgerufen hatte, die Kampfhandlungen einzustellen. In den ersten Wochen wurden die Elsässer und Lothringer in die quasi-annektierte Heimat entlassen (und nicht selten kurz darauf zur Wehrmacht eingezogen), verletzte und kranke Gefangene freigelassen; einigen Gefangenen gelang noch in Frankreich die Flucht. Die ca. 90.000 meist farbigen Soldaten aus den französischen Kolonien und Nordafrika sowie weitere 110.000 Kriegsgefangene verblieben zunächst in den `Frontstalags` in Frankreich. Den Transport in die 28 Offizierslager (Oflags) und 69 Stammlager (Stalags) der 10 deutschen Wehrkreise traten rund 1.580.000 französische Kriegsgefangene an, was einem Anteil von 10% der männlichen erwachsenen Franzosen zu dieser Zeit entsprach und die Produktion in Landwirtschaft und Industrie Frankreichs nachhaltig beeinträchtigte. Von den Stalags aus wurden 95% der Kriegsgefangenen meist unverzüglich in ca. 82.000 Arbeitskommandos unterschiedlicher Größe in Industrie, Landwirtschaft und Handwerk verteilt, die oft über eigene Lager verfügten, oder in sog. Bau- und Arbeitsbataillons mit wechselnden Einsatzorten eingeteilt.“

#### Zivilisten

Deuframat: „Mehr als 700.000 französische Zivilarbeiter, in etwa die Einwohnerzahl Marseilles, bzw. 2 % der französischen Gesamtbevölkerung oder 6% der männlichen Erwerbsbevölkerung der Zeit wurden gegen ihren Willen als Arbeitskräfte nach Deutschland verbracht. 1943 stellten sie mit einem Anteil von 26,3% die größte Gruppe aller ausländischen männlichen Zivilarbeiter dar, 1944 die drittgrößte Ausländergruppe insgesamt.“

#### Kriegsgefangenenlager im württembergischen Ludwigsburg

Ein Beispiel - die StZ/StN über das französische Kriegsgefangenenlager im württembergischen Ludwigsburg (Stalag VA der ‚Wehrmacht‘): „In den 17 Baracken des Lagers lebten zeitweise bis zu 28 000 Kriegsgefangene, die meisten waren Franzosen. Die ersten sind im Oktober 1939 dort eingesperrt worden, sie mussten in Fabriken, Krankenhäusern, Bahnhöfen und in der Landwirtschaft Zwangsarbeit leisten. 1945 wurden sie von den französischen Truppen befreit.“

## Zwangsarbeit in der württembergischen Firma Bosch

Ein weiteres Beispiel - die FAZ über die Zwangsarbeit bei Bosch in der vom Unternehmen selbst im Auftrag gegebenen Studie „Bosch - Geschichte eines Weltunternehmens“ aus dem Jahre 2013: „1940 bestand die Belegschaft des Unternehmens zu einem Drittel aus Zwangsarbeitern, deren Behandlung auch im schwäbischen Vorzeigunternehmen zeigte, ´wie sehr das Zwangsarbeiterregime von der nationalsozialistischen Rassenideologie geprägt war`: Zwangsarbeiter aus dem Westen wie französische Kriegsgefangene verdienten ungleich mehr als Zwangsarbeiter etwa aus Polen, sie hatten mehr Bewegungsfreiheit, bessere Verpflegung, bessere Unterkünfte. Die Unternehmen hätten sich dieses menschenverachtende System nicht ausgedacht, schreiben die Autoren, es sei von den Nazibehörden verordnet gewesen. Doch ´während es im Umgang mit, Westarbeitern` Standards gab, an die man sich gebunden fühlte, ging man gegen, Ostarbeitern ´auch dann vor, wenn es durchaus möglich gewesen wäre, anders zu handeln`. Offenbar habe es seitens der für den ´Ausländereinsatz` zuständigen Bosch-Manager ´keine Hemmungen` gegeben, Zwangsarbeiter aus dem Osten zu ´denunzieren`... Robert Bosch und sein engster Mitarbeiter Hans Walz hatten dem Antisemitismus stets ablehnend gegenübergestanden, in vielen Fällen leisteten sie verfolgten Juden Hilfe. Bosch habe gezeigt, was ein Unternehmer während der Nazizeit erreichen konnte, wenn er nur wollte, findet Historiker Bähr. Andererseits machen die Autoren keinen Hehl daraus, dass das Unternehmen von den Rüstungsaufträgen stark profitiert habe. Vor allem aber arbeiten sie in ihrem Werk heraus, dass es den Zwangsarbeitern bei Bosch und vielen Tochterfirmen der Gruppe offenbar genauso schlecht wie in anderen Industriebetrieben gegangen sei: Eine ´familiär` geprägte Firmenkultur war wohl nicht automatisch humaner als eine Aktiengesellschaft wie etwa AEG, so wie oft behauptet. Gründer Robert Bosch hatte einst den Achtstundentag in seinen Fabriken eingeführt, überdurchschnittliche Löhne gezahlt und war deshalb oft als ´der rote Fabrikant` beschrieben worden. ´Der soziale Anspruch, der zu den besonderen Merkmalen der, Boschgemeinschaft` gehörte, galt für die ausländischen Zwangsarbeiter nicht`, schreiben die Historiker (d. R. Johannes Bähr / Paul Erker)“

Über die Entschädigungsforderung für die Zwangsarbeit schreibt der Rezensent der FAZ: „Bosch leistete bis zum Jahr 2000 keine Zahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter. Das Unternehmen stritt jede Mitverantwortung ab und stellte sich auf den Standpunkt, die Zwangsarbeit im Dritten Reich wäre hoheitlich angeordnet gewesen und könne deshalb keine privatrechtlichen Ansprüche begründen.` Als in den beiden Jahren zum Ende des Millenniums in Deutschland und Amerika eine Diskussion über die Schuld der Wirtschaft während der Nazizeit aufkam, habe Bosch-Patriarch und Industrielegende Hans L. Merkle bei den Verhandlungen über Entschädigungszahlungen im Kanzleramt die Formel vorgeschlagen, ´in der Beschäftigung von Zwangsarbeitern keine moralische Schuld, wenn auch eine materielle Verpflichtung der deutschen Wirtschaft` zu sehen.“

## Referat für ausländische Arbeiter

Das Hotel Silber Online Projekt: „Unmittelbar nach dem Überfall auf Polen begannen die deutschen Behörden, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter ins Deutsche Reich zu bringen. Sie sollten in der Landwirtschaft und der Rüstungsindustrie den Arbeitskräftemangel ausgleichen. Mit der Dauer des Kriegs und seiner geografischen Ausweitung stieg ihre Zahl kontinuierlich an. Die Gestapo übernahm die Aufgabe, diese ‚Fremdvölkischen‘ zu überwachen und deren Kontakt mit der deutschen Bevölkerung auf ein Mindestmaß zu beschränken. Begründet durch ihren biologistischen Rassismus, sahen die Nationalsozialisten in den Zwangsarbeitern eine Gefahr für die ‚Reinheit des deutschen Blutes‘.

Die Gestapo in Stuttgart vergrößerte ihr Referat für ausländische Arbeiter im Hotel Silber stetig. Die Beamten und Angestellten standen in ständigem Kontakt mit den Verantwortlichen der großen Rüstungsbetriebe, die Verdächtigtes wie Sabotage oder auch nur langsames Arbeiten meldeten.“

Deuframat: „Generell waren Ausländer noch stärker als Einheimische der Willkür des NS-Staatsterrors unterworfen, wie sich insbesondere an den Sanktionen zeigt, die ihnen drohten. Alle Ausländer unterstanden zum einen den 1938 erweiterten und verschärften Bestimmungen des Ausländerrechts und den Zugriffsmöglichkeiten der Ausländerpolizei, zum anderen galt ihnen eine erhöhte Aufmerksamkeit des weitverzweigten Überwachungs- und Spitzelapparats der Gestapo und des SD, der den nationalsozialistischen Alltag ohnehin bestimmte. Selbst Leib und Leben von Ausländern galten de facto nicht viel. Es kam durchaus vor, dass Polen, Ostarbeiter und italienische Militärinternierte, aber in überlieferten Fällen auch Franzosen Misshandlungen und Schikanen nicht überlebten, ohne dass die Justiz je bemüht worden wäre. Per Erlass vom 1.11.1944 gestattete das RSHA der örtlichen Gestapo standrechtliche Exekutionen, mündlich waren derartige Befehle schon weit früher erteilt worden. Das "Standrecht ohne Standgericht", das sich ab Herbst 1944 in den Großstädten zu entwickeln begann, richtete sich dabei gegen alle ‚Fremdvölkischen‘.

Gerade das Beispiel der ‚Arbeitserziehungslager‘ zeigt deutlich, dass der staatliche Terror und die omnipräsente Möglichkeit willkürlicher Zugriffe durch die Gestapo mehr als wettmachten, dass eine lückenlose Kontrolle der Ausländer ‚auf Schritt und Tritt‘ im Alltag unmöglich war. Während man sich, was die Sanktionen anging, ganz auf Gestapo und SS verließ, bezog man in der ‚Prävention‘ und ‚Betreuung‘ dankbar die französischen Strukturen wie die mission Scapini für die Kriegsgefangenen und die délégation Bruneton als Transmissionsinstanzen ein. Diese für die Zivilarbeiter zuständige Vichy-Institution war von Beginn an ein Kind der Kollaboration und verschmolz schließlich auch organisatorisch mit der DAF (d. R. Deutsche Arbeitsfront). Sie betrieb seine Hauptaktivitäten in den Bereichen, in denen die Deutschen ihr wohlkalkulierte Entfaltungsmöglichkeiten einräumten: bei sozialen (Kinderheime, Unterstützung der Familien), kulturellen (Sprachkurse, Vorträge, Bibliotheken) und sportlichen Aktivitäten und

vor allem der Verbreitung von Kollaborations-Propaganda. Über die Zulassung kollaborationistischer Zeitungen aus der Heimat hinaus betrieben die deutschen Behörden aber auch eigene Propaganda, z.B. in der Zeitschrift Le Pont.

Durch die Unterbringung in Gemeinschaftslagern, teils in festen Gebäuden, überwiegend aber in Baracken, konnten die Ausgabe von Lebensmitteln, der Empfang von Päckchen und Post und, trotz freien Ausgangs, auch die Freizeitgestaltung der ausländischen Zivilarbeiter einschließlich des Zeitpunkts ihrer nächtlichen Rückkehr ins Lager kontrolliert werden. Die französischen Lagerverbindungsmänner der *délégation Bruneton* sollten auch für Ordnung, Sauberkeit und Disziplin in den Unterkünften gerade stehen. Solche Aufgaben hätte auch die französische katholische Seelsorge übernehmen können, die von der deutschen Seite aber ihrerseits als 'Sicherheitsrisiko' bewertet, und folgerichtig Opfer deutscher Repression und objektive Weggefährtin des Widerstandes wurde.

Die Gestapo hätte am liebsten durchgesetzt, dass auch die westlichen Zivilarbeiter wie Ostarbeiter und Kriegsgefangene ihre Freizeit im Lager verbrachten. Da man sie aber nicht einsperren konnte, sollten zumindest Angebote gemacht werden wie z.B. Deutschunterricht, Theater- und Musikdarbietungen, und vor allem Sport. Das Augenmerk der deutschen Behörden bei den Zivilarbeitern, und später auch bei den Kriegsgefangenen, in dem Maße, wie auch sie größere Freizügigkeit genossen, war darauf gerichtet, dass abends und am Wochenende nicht die befürchteten 'Gefahren' für das 'Volkstum' und für 'öffentliche Sicherheit' Wirklichkeit wurden. Die paranoide Sorge um die 'Reinheit der arischen Rasse' warf auch die Frage auf, mit welchen staatlichen Mitteln man die höchst unerwünschten Kontakte deutscher Frauen zu westlichen Zivilarbeitern unterbinden sollte. Ein scharfes Verbot und drakonische Strafen, wie sie für die Ostarbeiter und die Kriegsgefangenen galten, verboten sich aus diplomatischen Gründen, es kam aber dennoch zu Sanktionen. Zur 'Gefahrenabwehr' richtete man außerdem spezielle Ausländerbordelle ein, die Zivilarbeiter, aber auch französische Kriegsgefangene (unter Bewachung und in Gruppen) besuchen konnten."

#### IV. Nach 1945 in Württemberg: Das staatliche Gewaltmonopol oblag der amerikanischen und französischen Militärregierung

Nach dem zweiten Weltkrieg, 1945, stand Württemberg unter amerikanischer und französischer Hoheitsgewalt, damit oblag das staatliche Gewaltmonopol in Württemberg den westlichen Alliierten. Prof. Dr. Micha Brumlik, Prof. Dr. Hans Ulrich Gumbrecht und Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker im Juni 2014: „Die Dorotheenstraße 10 ist mit vielen Ländern verbunden. Ein Beispiel, die westlichen Alliierten: Frankreich, Großbritannien und die USA. Die Royal Air Force zerstörte 1944 den Westflügel; ab Frühjahr 1945 - nach der Befreiung vom Nationalsozialismus durch die Alliierten - stand die Dorotheenstraße 10 unter französischer, dann unter US-amerikanischer Hoheitsgewalt.“

Die Stuttgarter Zeitung übermittelt im Juli 2014 folgende Erklärung des Hotel Silber Projekts: „Es ist wichtig, dass der Fokus nicht nur auf die Zeit des Nationalsozialismus gerichtet bleibt. Die Nazis seien 1933 nicht vom Himmel gefallen und seien 1945 auch nicht spurlos verschwunden. Gerade die Kontinuität der Polizeiarbeit sei ein wichtiger Aspekt: 'Fast alle Opfergruppen außer den Juden standen nach 1945 weiter unter Beobachtung'“